



Pazifistischer Traum oder historische Notwendigkeit

Armeeabschaffung heute, zehn Jahre nach Lancierung der GSoA-Initiative

Zehn Jahre ist es her, dass die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA ihre Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik" lanciert hat. Inzwischen hat die Armee ihr Reformprojekt '95 realisiert und die Schweiz bekommt endlich einen Zivildienst. Die GSoA lud anlässlich des Jahrestages der Abstimmung zur Diskussion über die Perspektiven der Armeeabschaffung nach Zürich. Wir dokumentieren die Einführungsreferate.

"Der eine wartet, bis die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt."

Dante, zitiert von Divisionär Carlo Vincenz, Stabschef Operative Schulung, in: René Rhinow (Hg.), Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld, Basel 1995.

Roland Brunner: Die Schweizer Armee schlingert auf unbestimmtem Kurs dahin. Zwischen Igelmentalität

und Nato-Kooperation sucht sie nach ihrer Existenzberechtigung. Überlebensstrategie der "bewaffneten Neutralität" oder Vorwärtsstrategie zur "Sicherheitstruppe" lautet die Gretchenfrage fürs EMD. Die Vertreter von Armee und bürgerlichen Parteien scheinen diese Diskussion aber nicht zu suchen. Trotz zweimonatiger Bemühungen ist es schliesslich nicht gelungen, sie zu einer Teilnahme an der heutigen Diskussionsveranstaltung zu bewegen. Fühlen sich unsere Militärs ihrer Armee so sicher, dass sie sich den Diskussionen verweigern? Oder sind sie angesichts der Fragen nach Sinn und Zukunft "unserer" Armee so verunsichert, dass sie lieber keine Stellung nehmen wollen?

Ruedi Winet, du bist jeden Tag mit dieser Armee und ihren alltäglichen Auswirkungen konfrontiert. Hat die Armeeform '95 die Probleme der Armee mit der Armee gelöst? Oder hat sich alles gewan-

delt, damit sich alles gleichbleiben kann?

Ruedi Winet: Die Armeeform 95 hat das Image der Armee offensichtlich wieder verbessert. Sie "verkauft" sich heute besser. Das erklärte Ziel, ziviles und militärisches Leben einander wieder näherzubringen, hat sie aber nicht eingelöst. Aus der Sicht vieler Militärdienstpflichtiger, die bei uns vorbeikommen, hat sie nur Unwesentliches gebracht. Der Leidensdruck in der Armee besteht unverändert. Konstant geblieben ist auch der Wunsch, von der Armee wegzukommen.

Durch die Armeeabschaffungs-Abstimmung wurde es für die meisten SchweizerInnen denkbar, ohne Armee zu leben – auch wenn es momentan viele gibt, die dies nicht für wünschbar halten. Den armeekritischen Menschen wurde bewusst, dass es noch viele andere gibt, die gleich denken wie sie. Die Armee-



Armeeabschaffer heute? Von links nach rechts: Ruedi Winet von der Beratungsstelle für Militärverweigerer in Zürich; Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative, einem informellen Dachverband deutscher Friedensorganisationen in Bonn/BRD; Diskussionsleiter Roland Brunner; Josef Lang, Kantonsrat der Sozialistisch-Grünen Alternative SGA und aktiv in der GSoA-Zug, und Nico Lutz, GSoA-Aktivist aus Bern, an der Diskussionsveranstaltung vom 24. November 1995 in Zürich.

form 95 konnte diesen Lernprozess nicht umkehren, geschweige denn rückgängig machen. Sie hat dies nicht einmal wirklich versucht.

Bei unserer Arbeit in der Beratungsstelle für Militärverweigerer haben wir nach 1989 eine starke Zunahme der Anfragen verzeichnet. Seither sind keine markanten Veränderungen mehr geschehen. Interessant ist aber, dass dieses Jahr die Anfragen von Soldaten zugenommen haben, die zum Weitermachen als Unteroffiziere gezwungen werden. Erstmals sind dieses Jahr auch Unteroffiziere dabei, die zur Offizierslaufbahn gezwungen werden, was früher praktisch nie vorkam. Offenbar fällt es der Armee heute wesentlich schwerer, geeignete freiwillige Kader zu finden.

Fast gleichzeitig mit der Armeereform ist das alte Postulat der Linken nach einem Zivildienst endlich verwirklicht worden. Weiterhin besteht aber kein Recht auf Zivildienstleistung. Militärdienst soll die Regel bleiben, während Zivildienst nur als Ausnahme zugelassen wird. Es wird weiterhin eine Gewissensprüfung und einen "Tatbeweis" durch längere Dienstpflicht geben. Mit der Möglichkeit, ein Gesuch für Zivildienst zu stellen, muss aber immerhin nicht mehr von vorneherein eine Gefängnisstrafe einkalkuliert werden. Der Zivildienst schafft zudem die Möglichkeit, mit eigener Arbeit finanzschwache, aber sinnvolle Organisationen zu unterstützen. Von bürgerlicher Seite wird der Zivildienst als Ventil angesehen, das ver-

hindern soll, dass der Dampfkochtopf Armee explodiert.

Grundsätzlich hat sich mit diesen „Reformen“ aber wenig verändert. Weiterhin hat die Schweiz die mannstärkste Armee Europas. Weiterhin werden jedes Jahr zehntausende von Rekruten in die RS gehen und dort einen stumpfen und autoritären Dienst erleben und häufig zum Weitermachen gezwungen. Die kleinen Erfolge der Armeereform sind fast ausschliesslich auf die aussenpolitischen Veränderungen seit 1989 zurückzuführen: Während damals die Armee völlig unnötig erschien, ist heute die Stimmung bei vielen Militärdienstleistenden so, dass sie die Armee zwar als fragwürdige Institution bezeichnen, sie aber vielleicht doch als notwendig betrachten.

Roland Brunner: Kristian Golla, Europa ist auf dem Weg, sich auch als Militärmacht zu konstituieren. Während die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE als politische Instanz mit 30 Millionen Franken Jahresbudget auskommen muss, verfügt der Nato-Kooperationsrat über jährlich 360 Millionen und die Nato gar über 1200 Millionen. Die militärischen Bemühungen scheinen bedeutend gewichtiger zu sein als die politischen. Während die Schweiz noch nach ihrem Weg nach Europa sucht und dazu 1996 den OSZE-Vorsitz zu nutzen hofft, hat ihn Deutschland als Nato-Land an der Spitze der Integrationsbemühungen gefunden. Mit

welchen Forderungen europäischer Friedenspolitik konfrontiert ihr eure Regierung und eure Armee?

Kristian Golla: Insgesamt wollen wir, dass Deutschland bescheidener, ziviler und europäischer wird und eben nicht die Speerspitze der militärisch gestützten Machtpolitik der europäischen Union bei WEU und NATO bildet. Viel schwächer und unpopulärer als in der Schweiz wird von einigen Gruppen das "utopische" Ziel einer Bundesrepublik ohne Armee vertreten. In Politik und in der Gesellschaft ist aber die Propagierung militärischen Eingreifens bei Kriegen und Konflikten grösser geworden.

Die Regierung betreibt und verlangt mit Zapfenstreich-Ritualen und Diffamierung der Kriegesdienstverweigerer den Schulterchluss zwischen Armee und Gesellschaft, während die Propagierung kriegerischen Eingreifens bei Völkermord und massiven Menschenrechtsverletzungen als "Pazifismusdebatte" bis in die Reihen der Grünen, aber auch von Friedens- und Menschenrechtsgruppen reicht.

Die Gruppen der Friedensbewegung versuchen gerade am Beispiel Ex-Jugoslawiens, die vernachlässigten zivilen Eingreifmöglichkeiten bekanntzumachen und einzufordern und die in der deutschen Gesellschaft weitgehend unbekanntes Bemühungen von europäischen Friedensgruppen zur Stärkung der auf Versöhnung und multiethnisches Zusammenleben gerichteten demokratischen

Kräfte in den ex-jugoslawischen Republiken zu fördern.

Die Bundesrepublik könnte bei entsprechenden politischen Prioritäten gewaltige Beiträge zur Integration Gesamteuropas, der Entwicklung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung in einem System der kollektiven Sicherheit leisten. Hier würden neben dem notwendigen Ausbau der OSZE gerade auch die Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle spielen. Abwenden muss man sich dann allerdings von den derzeit vorherrschenden Entwicklungen der Realpolitik, d.h. keine Schnellen Eingreiftruppen, kein Ausbau der WEU und Verzicht auf die militärische Schwerpunktsetzung der "Gemeinsamen Ausser- und Sicherheitspolitik" GASP der Europäischen Union, keine NATO-Osterweiterung, keine Rüstungsexporte, sondern Einleiten eines Abrüstungswettlaufs parallel zum Aufbau einer zivilen Konfliktbearbeitung, die diesen Namen verdient.

Wir wissen allerdings, dass der Zug derzeit in die andere Richtung fährt. Es sieht so aus, als wenn NATO-Länder unter kräftiger deutscher Beteiligung nicht nur Peace-Implementation im früheren Jugoslawien betreiben, sondern demnächst auch Ressourcen-Kriege führen werden. Die Vorbereitungen dazu laufen. Eine Autorisierung durch den Sicherheitsrat – mit den die eigenen Machtinteressen verschleiern den Begründungen – werden die dort dominierenden Mächte schon liefern. Auch da möchte Deutschland mit einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat mit dabei sein.

Roland Brunner: Jo Lang, die Armee ist auf der Suche nach ihrem Wesen zwischen Igelmentalität und Nato-Integration. Während *Gustav Däniker* in der NZZ vom 21./22. Oktober auf anderthalb Seiten zu einer Verteidigungsrede auf die Neutralität ansetzte, erklärte Kaspar Villiger im Tages-Anzeiger-Interview vom 31.10.95: "Neutralität ist bloss ein Instrument, aber sie wurde zum Selbstzweck. Die staatspolitische Bedeutung und der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität haben abgenommen. (...) Der Gedanke der Solidarität ist wichtiger geworden."

Trotzdem will er an der Neutralität als "Identitätsmerkmal" für das Volk festhalten. Trotz Neutralität soll aber der Weg der Integration auch militärisch gegangen werden. Der St. Galler CVP-Ständerat *Paul Gemperli* beispielsweise meint: "Die Partnerschaft für den Frieden eröffnet der Schweiz eine Mitwirkung, ohne dass sie ihre Neutralität aushöhlen

1848 die Neutralität bewusst nicht in den Zweckartikel der Bundesverfassung aufgenommen, "denn für sie war Neutralität ein Instrument, nicht ein Ziel". Villiger möchte das Volk auf eine Partnerschaft mit der NATO vorbereiten.

Das gleiche Ziel verfolgt der Interviewpartner *Roger de Weck*. Der Tages-Anzeiger hat vor diesem Hin-



Die Schweiz, das kleine Stachelschwein – gut geschützt dank wehrhaften Stacheln?

oder aufgeben muss. Ein *Abseitsstehen der Schweiz würde im Ausland nicht verstanden und würde zur Isolation führen.*" (TA, 9.10.95) Auch alt-EMD-Chef *Kaspar Villiger* konstatiert, die Schweiz könne sich militärisch nicht alleine verteidigen, und fordert ultimativ: "Der Bundesrat muss sich für die Partnerschaft für den Frieden entscheiden. (...) Die Schweiz darf kein Trittbrettfahrer werden." (TA-Interview 31.10.95) Fällt die Neutralität und müssen die Linken heute zu ihrer Verteidigung gegen die militärischen Integrationsbestrebungen ansetzen?

Josef Lang: Die Diskussion um die militärische Aussenpolitik der Schweiz ist ziemlich bizarr. Da beendet Kaspar Villiger ein Interview mit dem Tagesanzeiger (25.10.95) mit dem von uns immer betonten und von den Bürgerlichen verdrängten Hinweis, die Gründerväter hätten

tergrund gemeinsam mit *Mauro Mantovani* von der ETH-Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse enthüllt, dass es bereits in den 50er Jahren neutralitätswidrige Absprachen mit der Nato gegeben habe. Villiger selber kann dies nicht zugeben, weil er um das Gewicht des Neutralitätsmythos weiss, er streitet es auch nicht völlig ab, weil er wohl von den Geheimab-sprachen weiss.

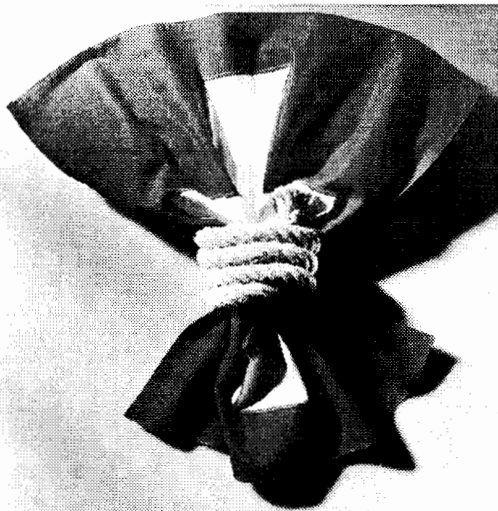
Im Mythos gefangen

Nur dank dem Mythos der bewaffneten Neutralität hat der alt-EMD-Chef vor zweieinhalb Jahren die Flieger-schlacht gegen die GSoA gewonnen. Mauro Mantovani erwähnt wiederholt mit Bedauern, dass die eigentlichen Sieger des damaligen Abstimmungskampfes die isolationistischen Kräfte waren. Obwohl die Flieger technisch gesehen viel zu schnell für die kleine Schweiz sind und daher



eher zu einer militärischen Öffnung passen. Aber die Armee wie auch die Neutralität sind mit derart viel Irrationalismus und Fundamentalismus aufgeladen, dass rationale Kriterien zu kurz greifen. Die Geister, die Kaspar Villiger gegen die GSoA geweckt hat, haben sich ein Jahr später, als es um die Blauhelme ging, prompt gegen ihn gewandt. Nun hat das Schweizer Militär bündnisfähige Flieger, aber einen bündnisunfähigen Geist.

Die Mehrheit der bürgerlichen und damit auch militärischen Schweiz will eine politische und mi-



Unsere Armee abschaffen:

Nein.

Wehrhafte Schweiz gegen die Armeeabschaffer

litärische Öffnung und Überwindung der Neutralität. Aber sie weiss nicht, wie sie auslöffeln soll, was sie während Jahrzehnten eingebracht hat. Interessant ist, dass die bewaffnete Neutralität erst seit den 50er Jahren zu einer nationalen Wesenheit erhoben wurde (wie auch die Armee nicht unter den Nazis, sondern erst im Kalten Krieg massiv aufgerüstet wurde). Die stabile Starrheit oder starre Stabilität der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg beruht wesentlich auf dem Igeldenken. Die Haltung zum Militär war bis 1989 die brisanteste politische Frage. Wer der Armee nicht dienen wollte oder konnte, war ein Staatskrüppel. Hier liegt die Hauptursache für die späte Einführung des Stimmrechts für

Frauen, die impliziten Staatskrüppel. Deshalb haben wir heute noch keinen Zivildienst.

Zauberformel des CH-Zements

Wie ganzheitlich und gleichzeitig widersprüchlich die bewaffnet-neutrale Schweiz- und Weltsicht ist, zeigt ein Aufruf von Marco Solari, Delegierter des Bundesrates für die 700-Jahr-Feier, anlässlich des Armeetages vom 21. September 1991: *„Unsere Armee verteidigt heute nicht nur Ideale und Grenzen. Sie ist ein immer wichtiger werdendes Instrument einer aktiven, solidarischen und internationalen Sicherheitspolitik unseres Landes. Die Armee muss stark sein, um glaubwürdig zu sein. Diese Stärke hängt allein von uns ab. Ohne das Volk keine Armee, ohne Armee keine solidarische, europäische Schweiz des 21. Jahrhunderts.“* Herr Solari weiss ganz genau, dass die militärische Stärke der Schweiz unvergleichlich unwichtiger ist als die wirtschaftliche und gesellschaftliche. Und spätestens seit der Blauhelm-Abstimmung muss dem sonnigen Mister '91 auch die Zauberformel des CH-Zements bekannt sein: Je militärfreundlicher, desto neutralitätsgläubiger, desto chauvinistischer, desto isolationistischer. Der Versuch der politisch-militärischen Elite, die Schweizer Neutralität ausgerechnet über militärischen Internationalismus aufzuheben, kommt der Quadratur eines Kreises gleich.

Quadratur des Kreises

Wie sollen wir auf dieses Dilemma, das zwar nicht unseres ist, uns aber herausfordert, reagieren? Eine Versuchung besteht darin, uns in jenem Moment, wo EMD und Armeeführung von der Neutralität abrücken, uns auf die Neutralität zu berufen. Ich bin für eine gegenteilige Strategie: Wir müssen den Neutralitäts-Mythos demontieren, vor allem seine politische und gesellschaftlich disziplinierende Funktion enthüllen.

Wir müssen auch aufzeigen, wie unehrlich der Bundesrat diesbezüglich heute noch ist. An der kürzlichen Herbsttagung des Schweizerischen Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften (SAMS) sagte Mauro Mantovani laut NZZ (9.11.95): *„Der Bundesrat halte an einer Neutralität fest, die er in seinem eigenen Ver-*

ständnis bis zur Wirkungslosigkeit demontiert habe, wage aber aus innenpolitischen Gründen den Schritt zum Verzicht nicht, der aus Gründen der Staatsräson durchaus gerechtfertigt wäre.“ Die nächste Gelegenheit für diese klassische Aufklärungs-Arbeit wird der Abstimmungskampf für das Waffenausführverbot sein.

Eine andere Versuchung besteht darin, die Armee als Chance einer aussenpolitischen Öffnung zu packen. Viele Linke glauben, über ein Mitmachen beim Nato-Projekt *„Partnerschaft für den Frieden“* die Schweiz leichter in die EU und die Uno zu bringen. Abgesehen davon, dass ich ein militärisches Bündnis der Schweiz – mindestens in absehbarer Zeit – für unmöglich halte, bietet diese Idee der Armee die Chance, in offeneren Kreisen wieder glaubwürdiger zu werden und ihr Legitimationsdefizit zu beheben.

Ich vertrete weiterhin die Meinung, dass die Schweiz aufgrund ihrer Geschichte und Geographie dazu berufen ist, mit zivilen Mitteln zur internationalen Entwicklung und Sicherheit beizutragen. Und dass sich die Schweiz sicherheitspolitisch auf Institutionen ausrichten muss, die universellen Gehalt und breite Einbindungen kennen. Das sind vor allem die Uno und die OSZE.

Aussenpolitik ist Ausdruck der Innenpolitik. Zivilität und Solidarität nach aussen bedingen eine Stärkung der gleichen Werte im Innern. Die Armee verkörpert historisch, psychologisch und symbolisch die Gegenwerte. Der Kampf gegen die Armee bleibt ein wichtiges Element im Kampf für eine andere offene und tolerante Schweiz.

Solidarische Neutralität

Noch ein letztes Wort zur Neutralität: Wenn ich den Neutralitäts-Mythos ablehne, heisst das nicht, dass ich Neutralitäts-Politik grundsätzlich für falsch halte. Ich sympathisiere mit einer Haltung wie sie Sören Z. von Dosenrode, er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft an der Universität Zürich, in der NZZ (17.8.93) vorgeschlagen hat: *„Eine prüfungswerte Antwort lautet differenzierte Neutralität. Darunter versteht man die solidarische, aktive Teilnahme an wirtschaftlichen, poli-*

tischen und humanitären Aktionen der Staatengemeinschaft, solange diese nicht militärisch offensiv sind. Damit wäre zum Beispiel die Mitgliedschaft in Institutionen wie der Uno, dem EWR oder der EG in ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand möglich. Traditionelle Blauhelmenoperationen wie diejenige auf Zypern wären kein Problem. Jenseits der Grenze lägen Mitgliedschaften in militärisch-politischen Organisationen wie der WEU oder der Nato, und auch Blauhelmenoperationen wie gegenwärtig in Somalia, sogenannte 'peace-enforcing operations', wären ausgeschlossen. Die Schweiz erhielt aber die Möglichkeit, eine glaubwürdige Solidaritätspolitik und eine effiziente Europapolitik zu führen."

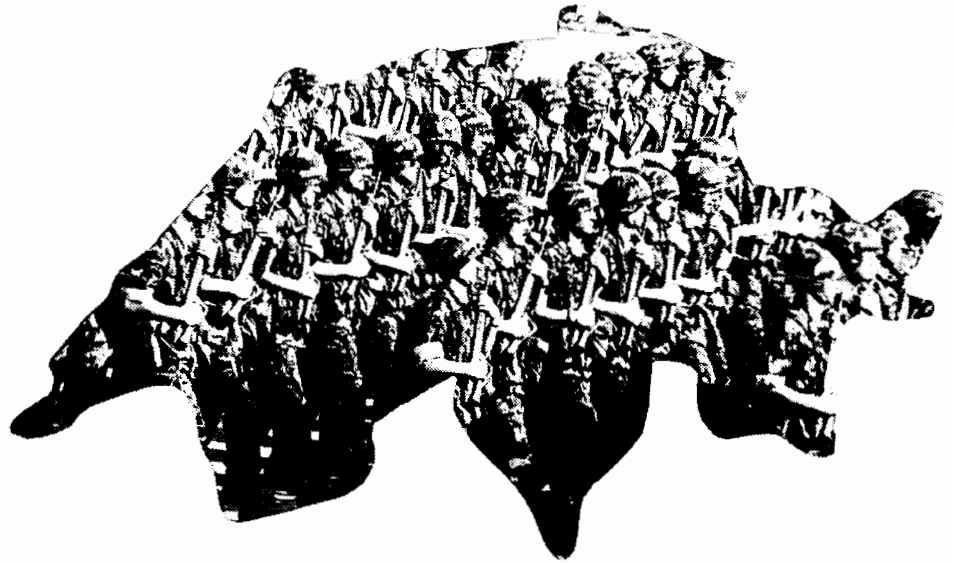
Roland Brunner: Nico Lutz, du arbeitest in der GSoA-Arbeitsgruppe für eine zweite Armeeabschaffungsinitiative mit. Der GSoA bläst dabei der Wind einer verschärften und zugespitzten "Sicherheitsdebatte" entgegen. Laut Ständerat René Rhinow wächst "der Stellenwert der nichtmilitärischen Risiken und Gefahren in bedrohlichem Ausmass". Er listet in dieser Reihenfolge die Bedrohungen auf: Nationalismen, Fundamentalismus, Panslawismus, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen, Terrorismus, Nord-Süd-Gefälle, Zerstörung und masslose Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen und fordert dann: "Wir müssen aus der komplexen Gefahrenanalyse den Schluss ziehen, dass wir uns vor allen Risiken zu wappnen haben."

Kaspar Villiger wurde da noch deutlicher, als er schrieb: "Sicherheitspolitik kann sich nicht mehr nur auf die Verteidigung ab Schweizer Grenze beschränken. (...) Moderne Sicherheitspolitik verbindet die militärische und die zivile Dimension. In der Schweiz muss jede nach aussen gerichtete Sicherheitspolitik im Innern beginnen. Die beste sicherheitspolitische Planung taugt in der direkten Demokratie nichts, wenn sie vom Volk nicht verstanden und mitgetragen wird." (in: Rhinow, S. 174ff). Er plädiert dann für "die enge Vernetzung zwischen innerer und äusserer Sicherheit". Geht das EMD den Weg vom Armee- zum Sicherheitsdepartement? Bedeutet die geforderte Verknüpfung von "militärischer

und ziviler Dimension" eine Militarisierung des Zivilen oder eine Zivilisierung des Militärs? Ist die Armeeabschaffung ein pazifistischer Traum oder eine historische Notwendigkeit? Die GSoA hat ja nach der Abstimmung vom November 1989 versprochen, sie werde noch in diesem Jahrtausend der Schweiz eine zweite Chance geben, über die Abschaffung der Armee nachzudenken.

Nico Lutz: Zuerst scheint es mir einmal wichtig, sich zu vergegenwärtigen, was für eine Armee die Schweiz 1995 hat: Es ist in pro-Kopf-Ausga-

Zeitbomben bedroht. Eine militärische Bedrohung ist unwahrscheinlich, gänzlich ausschliessen können wir sie aber ehrlicherweise nicht. Erstens wäre aber eine militärische Bedrohung kaum allein gegen die Schweiz gerichtet und könnte nur international und nicht mit einer nationalen Verteidigungspolitik abgewendet werden. Zweitens bietet auch die Armee im militärischen Bedrohungsfall keine absolute Sicherheit. Sie kann die Sicherheit höchstens positiv, allenfalls aber auch negativ beeinflussen. Kurz gesagt: Die Schweizer Armee bietet zu wenig Sicherheit



Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee ...

ben eine der teuersten Armeen Europas, in absoluten Zahlen die Armee mit den meisten Angehörigen von ganz Europa und bezüglich Bewaffnung im Verhältnis zur Fläche die meistgerüstete Armee Europas. Offiziell ist dies immer noch eine nationale Verteidigungsarmee. Selbst wenn Villiger kurz vor seinem Abgang als EMD-Chef und andere Militärstrategen heute immer wieder die Wichtigkeit einer europäischen Ausrichtung der Armee betonen, wurde vor kurzer Zeit – während der F/A-18-Abstimmungskampagne – laut auf der nationalen Selbstverteidigungstrommel gewirbelt.

Die Forderung nach einer umfassenderen Sicherheitspolitik, wie sie jetzt aus Militärkreisen gestellt wird, ist für uns nicht neu. Die Gesellschaft Schweiz ist heute durch soziale – und als Teil der Welt – durch ökologische

bezüglich eines sehr unwahrscheinlichen Bedrohungsfalls für enorme finanzielle und personelle Aufwendungen.

Ausgaben für die Armee sind eine sehr uneffiziente Art, Sicherheitspolitik zu betreiben. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, welchen Beitrag die Schweiz zu einer internationalen Sicherheitspolitik leisten könnte. Da gibt es auch innerhalb der GSoA noch einigen Diskussionsbedarf. Rund um die Uno-Blauhelmen-Abstimmung im Juni 94 haben wir uns nach einer sehr intensiven Diskussion mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass die Schweiz die unterentwickelten zivilen Komponenten einer internationalen Sicherheitspolitik stärken soll.

Ich denke, damals wie heute ist das Problem internationaler Sicherheitsorganisationen wie WEU, Nato

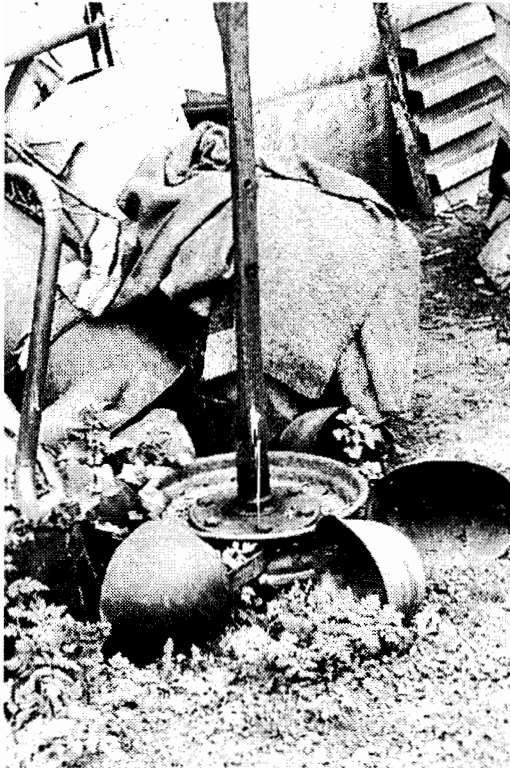


oder Uno nicht, dass zuwenig Soldaten zur Verfügung stehen. Defizite bestehen vielmehr in personellen und finanziellen Möglichkeiten, Kon-

barere Bedrohungen reagieren zu können.

Roland Brunner: Vielen Dank für eure Teilnahme an dieser Diskussion. Zum Abschluss klauere ich nochmals ein Zitat. Diesmal nehme ich es der ehemaligen Luzerner Ständerätin *Josy Meier* aus dem Mund,

die gesagt hat: *„Wenn das Schweizer Volk in einer Abstimmung Nein sagt, bedeutet dies nicht, dass es dagegen ist. Das Volk ist nur noch nicht bereit, dafür zu sein.“* Vielleicht hat sie damit ja die Armeeabschaffung in der Schweiz gemeint. ■



Schwerter zu Pflugscharen ... und Helme zu Wasserrädern. Eigenkonstruktion in Pakrac, Westslawonien.

fliktpotentiale abzubauen, bevor es zur militärischen Eskalation kommt, und während bzw. nach Konflikten zivile Überlebens- bzw. Aufbauhilfe zu leisten. Mit der Tradition des Roten Kreuzes oder des Katastrophenhilfekorps hätte die Schweiz eine gute Legitimation, in diesem Bereich einen wichtigen Beitrag zu leisten. Es wäre aber selbst möglich, dass bei einer neuen Armeeabschaffungsinitiative die Möglichkeit für eine gesetzliche Regelung offengelassen würde, dass sich die Schweiz an militärischen Komponenten einer internationalen Sicherheitspolitik beteiligen könnte. Wenn die SchweizerInnen das unbedingt für notwendig erachten, könnte man entsprechend Blauhelm-Soldaten ausbilden lassen. Ein Kontingent von wenigen freiwilligen Uno-Blauhelmen kann aber nicht die Begründung für eine ganze Schweizer Armee sein. Die Abschaffung der Armee ist vielmehr eine Notwendigkeit, damit Ressourcen freierwerden, um auf viel unmittel-

Schweizer Zivildienst in Vorbereitung

Wer 1996 noch in den Militärdienst gehen muss, aber viel lieber einen Zivildienst leisten möchte, kann ein Verschiebungsgesuch einreichen. Rekruten und Angehörige von kantonalen Einheiten reichen es beim Militärdepartement des Wohnsitzkantons ein, Angehörige von Bundstruppen bei der Untergruppe Personelles der Armee, 3003 Bern, jeweils möglichst zwei Monate vorher. Zum Verschiebungsgesuch gehören die gleichen Unterlagen, wie es sie auch ab Herbst 1996 für ein Zivildienstgesuch braucht: die Begründung des Gewissensentscheides, ein ausführlicher Lebenslauf, ein aktueller Strafregisterauszug (bei der Polizei einzuholen) und das Dienstbüchlein. Das Gesuch wird dann vom EMD an das BIGA weitergeleitet und dort geprüft. Geht aus Unterlagen einigermaßen klar hervor, dass das Gesuch nicht vorwiegend aus sachfremden Überlegungen gestellt wurde, also aus anderen als z.B. aus der Ablehnung von Gewalt, dürfte es bewilligt werden. Wird das Gesuch abgelehnt, kann ein Wiedererwägungsgesuch eingereicht werden. 1996 wird es nur noch eine Seltenheit sein, wenn ein Militärdienstverweigerer vor Militärgericht steht. Die bereits 1995 begonnenen Strafverfahren werden zwar abgeschlossen, neue Gerichtsverfahren werden dagegen lediglich in Ausnahmefällen eingeleitet.

Bekannt wurden nun auch weitere Einzelheiten des Zivildienstvollzugs. Das BIGA hält weiterhin daran fest, das jedermann an die Aushebung muss. Wer diese verweigert, wird zumindest wegen Missachtens eines Aufgebotes mit einer Busse bestraft und zu einer gesonderten medizinischen Tauglichkeitsprüfung vorgeführt. Die Kommissionen, die die Zivildienstgesuche prüfen, sollen je-

weils aus drei Mitgliedern zusammengesetzt sein, die keine VertreterInnen von Interessengruppen sind. Abstand wurde davon genommen, dass eines der Mitglieder ein Behördenmitglied des BIGA sein soll. In einem ersten Lehrgang sollen rund 40 Kommissionsangehörige ausgebildet werden, bis Ende 1997 soll dann der Soll-Bestand von rund 100 Mitgliedern erreicht sein. Die einzelnen Kommissionen werden pro Tag über etwa 3 bis 4 Fälle zu entscheiden haben. Zivildienstgesuche können auch noch nach Vollendung der obligatorischen Militärdienstgesuche eingereicht werden, quasi für den «Ernstfall». In diesen Fällen wäre in Friedenszeiten kein Zivildienst zu leisten, erst in Aktivdienstzeiten bestünde eine Einsatzpflicht in den Zivildienst. Neu ist das BIGA nun allein verantwortlich für die Zivildiensteinsätze, die Zusammenarbeit mit den Kantonen fällt weg. Es ist deshalb vorgesehen, etwa 8 Regionalstellen (u.a. in Lausanne, NE, Lugano, BS, ZH, LU, SG) aufzubauen. Diese Vollzugsstellen werden auch bestimmte Schwergewichte bei den Einsatzmöglichkeiten aufbauen, z.B. Umweltschutzprojekte fördern oder Projekte der Schwerstbehindertenbetreuung. Der Gesamteinsatz soll in der Regel in zwei bis fünf Teileinsätze aufgeteilt werden. Der erste (Ausbildungs-)Einsatz soll die Hälfte und mindestens 120 (bei über 220 Tagen Totaldienst) dauern. Im gleichen Kalenderjahr soll es nicht möglich sein, in mehrere Einsätze einzurücken. Einsätze an einem Stück sind nur möglich aus zwingenden familiären Gründen oder im Zusammenhang mit Auslandeinsätzen.

Ruedi Winet

Aus: Zivildienst (CH), Nummer 1/9.